fehlen, bei welchem die Stiftung mit eigenartiger Begründung auf den Zwist zwischen den zur Wahl bisher berechtigten Römern einerseits und den beiden Deutschen — auch der Papst war 995 Deutscher — zurückgeführt wird. Denn gerade die Gründe sind es doch, die unser Interesse weit mehr beanspruchen als die Tatsache einer solchen einmaligen Einsetzung selbst. Freilich ist für den Rationalismus des ganzen Hochmittelalters gewiß auch das eine denkwürdige Tatsache, daß man damals an eine allmähliche Entwicklung des Kurkollegs in der wissenschaftlichen Diskussion überhaupt nicht gedacht hat: alle waren darin einig, es ginge auf einen einmaligen Gründungsakt zurück. Aber für dieses typische Schließverfahren des ganzen Zeitalters hat Buchner nur das geringschätzige Prädikat des „Fabulierens“ übrig (S. 109).¹⁾ So kann es nicht wundernehmen, wenn er auch jener vorsichtigen Schriftsteller nicht gedenkt, die ausdrücklich ihre Unwissenheit über den Ursprung eingestehen; ich nenne da die *Historia* des Johannes von Carmenate (*Fonte per la Storia d'Italia* 1889 p. 18 c. VII): „unde autem aut qua de causa huiusmodi dignitatis electio ad septem principes Alamanniae pervenerit, non cognovi“. Und Johannes, der im übrigen auf dem Hostiensis fußt, schrieb erst um das Jahr 1320.

Zu der *pièce de résistance* in Buchners Darstellung, das ist die Tätigkeit Martins von Troppau bei Ableitung der neuen Lehre, ist inzwischen von Breslau eine Abhandlung angekündigt worden (*Urkundenlehre* I, 2. Aufl., S. 514f.). Wir begnügen uns daher, zum Schluß hier auf den ersten Juristen aufmerksam zu machen, der, auf der Dekretale *Venerabilem* fußend, das Kurrecht der deutschen Fürsten — und zwar wie er mit sichtlicher Anspielung auf die Kurfürsten sagt: „gewisser“ deutscher Fürsten — vom Papst herleitet. Es ist dies kein anderer als der auch sonst für das deutsche Recht lebhaft interessierte Veroneser Jacobus de Ardizzone in seiner heute immer noch zu sehr vernachlässigten *Summa feudorum*.²⁾ Da diese vor 1234 entstanden ist, so haben wir hier anscheinend ein hervorragend altes Zeugnis für das Kurkolleg vor uns.

Leipzig.

Eugen Rosenstock.

Mario Krammer, *Das Kurfürstenkolleg von seinen Anfängen bis zum Zusammenschluß im Renser Kurverein des Jahres 1338. Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches im Mittelalter und Neuzeit*, herausgegeben von Karl Zeumer V, 1. Weimar, Böhlau Nachf. 1913. XII + 319 S. 8°.

Das Buch Krammers über das Kurfürstenkolleg erscheint „als der vorläufige Abschluß vieljähriger Studien“, die den Verfasser seit seiner

¹⁾ Vgl. Rosenstock, *Ostfalens Rechtsliteratur* unter Friedrich II. 1912 S. 136 ff. — ²⁾ Vgl. über sie vorläufig Seckel, *Festschrift der Berliner juristischen Fakultät für v. Gierke*. 1910 S. 53 Anm. 5.

Studienzeit fast ununterbrochen begleitet haben. Das Vorwort hebt diesen Zusammenhang hervor, übergelst dagegen nicht ohne Grund die sehr reichhaltige Literatur anderer Autoren in diesen selben Jahren und zu derselben Frage. Denn wir sind geneigt und wohl berechtigt, darin einen Akt vornehmer Zurückhaltung zu sehen, die einer von anderer Seite mit großer Schärfe geführten Polemik überdrüssig ist. Und die Lektüre des Buches bestätigt diesen wohlthuenden Eindruck. Der Verfasser hat alle irgend entbehrliche Diskussion über Bord geworfen, ohne doch zur rechten Zeit mit einem sachlich entschiedenen Urteil über fremde Ansichten zurückzuhalten. Die Sache selbst soll in ihrer „Gesamtentwicklung“ dargestellt werden. Dies Verhältnis zur Literatur hat Krammer nun auch auf das zu den Quellen übertragen. Auch mit ihnen diskutiert er wenig, die eigentliche Interpretation tritt zurück hinter der unmittelbaren Benutzung. So empfinden wir das Streben des Verfassers, Bleibendes zu schaffen und uns nicht nur Untersuchung zu geben, sondern wirklich geschichtliche Darstellung.

I. Aber gerade diese sorgfältige Verkittung der Fugen erschwert die Aufgabe des Kritikers. Er ist nun nicht berechtigt, nur diesen Fugen wieder nachzuspüren, er muß auch der literarischen Leistung als solcher seine Aufmerksamkeit zuwenden. Der Stil des Buches ist außerordentlich maßvoll und gleichmäßig. An keiner Stelle geht der Atem schneller, kleine Überraschungen, die eine Freude an dem dargestellten Stoffe der vaterländischen Geschichte dem Leser übermittelten, sei es nun eine solche an den Tatsachen selbst, sei es an ihrer vom Verfasser erschlossenen wahren Verknüpfung, fehlen vollständig. Trotzdem mangelt es nicht an Stellen, an denen der Versuch, zu unterstreichen und nachdrücklich zu wirken, unverkennbar ist. Aber diese Stellen sind von einer strengen Kälte, einer gewissen abstrakten Feierlichkeit, auch an ihnen gewinnt die Sprache keine sinnliche Färbung. Vielmehr tauchen da vor allem die beiden Worte „Gedanke“ und „Idee“ vor uns auf. Sie werden mit Ehrfurcht als die Mächte der Geschichte eingeführt und von ihrer „Kraft“, „Wesen“, „Wachstum“ bei solcher Gelegenheit gesprochen.

Ob die Geschichtsschreibung mit der Ausbildung dieses gefrorenen Stiles, der eben doch nur eine folgerichtige Durchführung der Sprache unserer Untersuchungen darstellt, das von ihr heute verlorene Terrain wieder zurückgewinnen wird, muß fraglich erscheinen. Denn der Leser kommt bei dieser nicht nur allem Licht und aller Farbe der Gewandung, sondern auch der geheimeren Kunst der Anspielung, der Spannung und der Kontrastwirkung grundsätzlich abholden Schreibweise nicht besser fort als bisher.

Hat die literarische Seite des Buches also symptomatische Bedeutung für eine dem selbstgewählten Formenzwange huldigende Strömung der Gegenwart, die hier selbst in enges Fachgebiet eingedrungen ist, so weist sie uns zugleich auf die wissenschaftliche Eigenart hin, deren wir uns in der Schrift zu versehen haben. Dieselbe Gewalt, welcher der Verfasser sich selbst unterwirft, verfügt auch

mit eiserner Strenge über die Quellen. Sie werden rücksichtslos diszipliniert; dem Strome der Ereignisse wird nur ein schmales Bett zugestanden, unter ein Minimum von leitenden Gesichtspunkten wird unerbittlich jede der vielen Tatsachen subsumiert. Daraus entspringt ein wenig liebevolles Verhalten gegen den Reichtum der Tatsachen, das uns oft stutzig macht und erkältet; ihm möchten wir es zuschreiben, weshalb der Inhalt des Buches gegenüber der Bedeutung der Ereignisse oft kärglich ausgepreßt und dürftig erscheint, weshalb uns aber auch eine besonders vorsichtige Kritik seiner Thesen erforderlich dünkt.

II. Krammer gliedert seine Schrift in drei Teile. Nach einer ungewöhnlich kurzen historischen Einleitung (1—12) schildert er „die Entstehung des Kurfürstenkollegs“ in den Jahren 1198—1256 (13—134). Teil II, d. h. „die Entwicklung des abgeschlossenen Wählerkreises bis zum Auftauchen des kollegialen Gedankens“, umspannt die Jahre 1257 bis 1313 (135—238). „Die Kurfürsten als Kollegium unter Ludwig dem Bayern“ werden im letzten Teile behandelt (239—312).

Die Einleitung soll uns das Rüstzeug liefern, um die Probleme zu begreifen, die im Jahre 1198 auftauchen. Kr. nimmt an, daß die Krone im Hause der Sachsen „wie ein Eigengut“ (S. 3) übertragen worden sei. Demgegenüber habe zuerst bei Konrad II. jeder erbrechtliche Gedanke gefehlt; deshalb, weil hier ein freier Entschluß des Volkes vorliege, ist an ihm „die erste konstitutive Kur vollzogen worden“. Dabei bleibt dunkel, weshalb z. B. die Erhebung Heinrichs I. durch den Frankenherzog Eberhard und seinen Stamm 919 keine „konstitutive Kur“ war, wohl aber die von 1024. Kr. scheint einen Wesensunterschied darin zu sehen, ob ein Kieser auftritt, oder aber mehrere. Aber das ist doch nicht für den „konstitutiven Charakter“ der Kur von Belang, sondern nur für die Form des Verbandes, der diese Wahl vornimmt; dieser hat das eine Mal eine präsidiale, das andere Mal eine kollegiale Organisation. Es ist nicht zufällig, daß Kr. hier Eigenschaften des Verbandes zu Eigenschaften der Kur macht. Denn ihm erscheint zur Kennzeichnung der Wahlverhältnisse die Erwähnung des einzelnen nacheinander erfolgenden Kiesens ausreichend; aber gerade weil bei der Kur die Form individualistisch gehalten ist, weil jeder einzelne sich seinen Herrn kiest, gerade deshalb ist es nur das den einzelnen Kieser bevollmächtigende Mandat der Gesamtheit, durch das eine Wahl des Königs des Volkes zustande kommen kann. Das Problem ist gerade, woher die Kur bestimmter einzelner eine gültige, verbindliche Wahl hervorbringt, und das kann man nicht aus dem Tun der einzelnen, sondern nur aus ihrer Organisation in einem staatlichen Verbande begreifen. Dieser Verband vergibt das Königtum, und so unvollkommen er organisiert sein mag, immer ist er der Träger der Souveränität. Kr. aber charakterisiert diesen Verband, ob er nun die „Fürstenschaft“, oder das „Reich“ oder sonst etwas war, überhaupt nicht. Zwar stellt sich nach ihm die Kur als Urteil nach der Weise des deutschen Rechts dar; ein Urteil kann indes nur in einer Gerichtsgemeinde ergehen. Diese

bestimmt die Rolle der einzelnen Urteiler in ihr, die Urteiler erwerben diese Funktion als Mitglieder einer Gesamtheit. Dies logische Kennzeichen jeder staatsähnlichen Gemeinschaft schließt nicht aus, daß in verschiedenen Zeiten ein verschieden klares Bewußtsein darüber besteht; darum muß der Forscher trotzdem diesen Zusammenhang durchschauen. Kr. aber stützt sich, wie schon in seiner Schrift Wahl und Einsetzung S. 76 nur auf die bewußten Formulierungen jenes Zeitalters, wenn er z. B. S. 5 „ergänzt“ (!), die deutschen Fürsten hätten sich bei der Wahl des Königs vorbehalten, „ihn, falls er diesen Erwartungen nicht entsprechen sollte, wieder der höchsten Gewalt zu entsetzen“. „Vergebung und Entziehung der obersten Gewalt liegt in ihren Händen.“ Also so wenig Klarheit über das Wesen der Gesamtheit verbreitet worden ist, so sehr sollen innerhalb dieser Gesamtheit irgendwelche Fürsten die Herrscher gewesen sein; Deutschland wäre darnach im 11. Jahrhundert eine Fürstenrepublik mit abhängigem auf gute Führung bestelltem Oberhaupte. — Demgegenüber hätte Kr. durch Gierkes Ausführungen sowohl im Genossenschaftsrecht wie auch neuerdings in schärfster Formulierung in „Schuld und Haftung“ auf die richtige Einschränkung dieses Vertragsgedankens geführt werden können. So aber hat er das Wesen des Staates für identisch mit einer primitiven Formulierung gehalten.

Im Fortgang der Einleitung gebraucht Kr. das Wort Erbrecht ohne jede Nachprüfung seines Rechtsinhaltes, obwohl Dugerns Ausführungen ebenso wie die Gierkes bei Krüger¹⁾ wohl zur Vorsicht im Gebrauch des Ausdrucks mahnen mußten. So heißt es S. 7: „Auf Lothar hätte nach der Gewohnheit früherer Zeit sein Schwiegersohn Heinrich der Stolze, in dessen Hand . . . auch die Reichsinsignien waren, folgen müssen.“ Hier liegt wahrlich eine schwierige juristische These vor. So wenig wir das Gewicht der Schwiegerschaft leugnen wollen, so sehr müßten wir es bedenklich finden, ohne Umstände von „einer Gewohnheit früherer Zeit“ zu sprechen. Denn für eine solche liegt ja kein einziges älteres Beispiel vor!²⁾ Kr. meint also sichtlich einen allgemeinen Grundsatz, nach dem eo ipso der Schwiegersohn gewisser anderen Verwandten gleichsteht. Mithin war die Begrenzung des Personenkreises, war der Inhalt eines derartigen allgemeinen Grundsatzes irgendwie zu erfassen. — Wir erfahren weiter, daß die Fürsten, um dies angeborene Folgerecht nachdrücklich zu mißachten, statt Heinrich den Herzog Konrad von Franken gewählt hätten. Da hätte jene bekannte Stelle zur Vorsicht mahnen sollen, in der es zum Jahre 1138 heißt, die deutschen Fürsten hätten es nicht ertragen, einen Mann aus unköniglichem Blut über sich zu sehen, und hätten gerade deshalb Konrad, aus königlichem Blute, erkoren!

Aber Kr. führt den Gedanken, daß man die Erblichkeit im 12. Jahrhundert prinzipiell gehaßt und verworfen habe, konsequent zu Ende. Er kann zwar nicht leugnen, daß Konrads III.

¹⁾ S. oben S. 517. — ²⁾ Rudolf von Rheinfelden war nicht Thronfolger, sondern Gegenkönig.

kleiner Sohn Heinrich König geworden sei, und auch in Barbarossa sieht er den Erben seines Oheims. Aber mit dieses letzteren Wahl habe man sich „ohne Not über seit langem beobachtete Prinzipien“ hinweggesetzt; d. h. nach Krammer ist der Ausschluß des Erben, des Königssohnes, von der Thronfolge 1152 seit langem Rechtens, ist bereits ein Prinzip!!

Die Fürsten haben nun, so fährt die Einleitung fort, diese Erblichkeit von Barbarossas Würde verschleiern wollen. Deshalb haben sie vor seiner Wahl ein förmliches Weistum finden lassen des Inhalts, daß nur der Fürsten Wahl den Kaiser bestimme. Aufbewahrt werde uns dieser Beschluß bei Otto von Freising, denn anders sei die auffällige Betonung des Fürstenwahlrechts bei diesem Schriftsteller gerade z. J. 1152 nicht zu erklären. Ottos Satz stelle also eine förmliche Protestation dar, eine Rechtsverwahrung, die dann — ad acta gelegt worden sei. So richtig nun dem Referenten Krammers Erwägung erscheint, für Ottos berühmte Worte müsse ein besonderer Grund vorgelegen haben, da sie in der Feder eines so gewandten Stilisten äußerst absichtlich wirken, so künstlich ist Krammers Umweg. Denn darnach soll ein rein theoretischer Akt ohne praktische Folgen 1152 vorgenommen worden sein. Alles was wir von den Weistümern der Zeit wissen, widerstreitet der Annahme, daß sie zu platonischen Rechtsverwahrungen benutzt werden konnten. Daher dürfte nur eine solche Deutung auf allgemeine Annahme rechnen, nach welcher dies Weistum kein Luxus war, sondern eine notwendige Vorbedingung, damit Barbarossas Wahl überhaupt statthaben konnte.¹⁾

Ein neuer Faktor wird uns S. 9 vorgeführt. Bis 1152 sei die Krönung in Aachen kraft eigenen Rechtes vom Erzbischof geübt worden, damals aber habe er sich „der Herrschaft der Wähler“ unterworfen. Denn, so fährt Kr. fort, „sonst wurde der Anschein erweckt, als ob zwar die Fürsten alle kürten, doch die abschließende Handlung lediglich von dem Erzbischof . . . kraft eigenen Rechts vorgenommen würde. Dieser wäre dann ein machtvoller Konkurrent der Wählerschaft geworden, denn ebensogut wie sie hätte jener sich nun die Bestellung des jetzt ja . . . frei zu kreierenden Königs zuschreiben können“. Deshalb erfülle der Erzbischof nunmehr vorsichtshalber „seine Obliegenheiten . . . nur kraft Mandats“. Hier rächt es sich, daß für Kr. das staatliche Leben des nachfränkischen Deutschland mit der Vereinzelung anhebt. Daher sieht er nur hie Wähler, hie Kröner und entweder muß dieser jenen, oder jener diesen „sich unterwerfen“. Daß aber beide, selbst zu Zeiten des Thronfalls, von einem Kreise höherer Ordnung umschlossen bleiben konnten, in dem sie beide nur Funktionen, jeder an seinem Ort, üben, nämlich der eine die Bestimmung, der andere die Einweisung des Herrschers, das hält Kr. offenbar für eine fast bedeutungslose Schranke der subjektiven Berechtigungen.

¹⁾ Siehe das Nähere „Königshaus und Stämme“. Vierter Abschnitt, 2.

Wir müssen hier wiederholen, was wir schon oben S. 493f. gegenüber Bloch hervorgehoben haben: Eine Feindschaft, die das Gegenteil auszuschließen strebte, kann zwischen den beiden Teilen Wahl und Krönung ihrem Sinne nach nie bestanden haben. Im konkreten Einzelfall allerdings hat man sich von den korrekten Formen der Wahl oder der Krönung notgedrungen mehr abdingen lassen, als man für Rechtens hielt, hat ein Kandidat den einen oder den anderen Faktor vernachlässigt, obwohl er ihn zu beachten selbst gewünscht hätte. So ist es z. B. ein rein politisches Faktum, daß Philipp von Schwaben, um die Hoffnung der Aachener Krönung betrogen, „unter Krone“ ging und damit wenigstens ein Surrogat verwandte. Aber man kann ein Rechtsinstitut nicht deutlicher als Recht anerkennen, als indem man es unter allen Umständen, wenn auch nur durch ein Surrogat, zu verwirklichen strebt. Mit einem faktischen Zurückbleiben hinter der Rechtsidee hat sonach die vollkommene Verträglichkeit der beiden Begriffe Wahl und Krönung nichts zu schaffen.

Doch die merkwürdigste These begegnet erst am Schluß der Einleitung (S. 11f.): Barbarossa habe 1169 das absolutistische Verfahren seiner Vorgänger bei der Einsetzung ihrer Söhne büßen und wieder gutmachen müssen durch verdoppelte Demut. Er habe damals bei seines Sohnes Erhebung auf den Thron seinerseits diesen bescheiden verlassen, sei hinuntergetreten in die Schar der kiesenden Vasallen und habe wie einer seiner Untertanen seine Stimme für den eigenen Sohn abgegeben, und zwar um auch den Schein der kaiserlichen Würde abzutun, habe er nicht selbst, sondern vertreten durch den Erzbischof von Mainz, gekoren. Kr. vertritt diese Meinung schon seit längerer Zeit, gestützt auf eine einzige Stelle der Pegauer Annalen. Er hält seine Deutung für so einwandfrei, daß er sie sogar den studentischen Benutzern seiner Schultexte über die Königswahl als zwingend richtig mitteilt. Ja er verwundert sich nicht einmal über die Revolution, die alle bisherigen Ansichten über die Herrschaft germanischer Könige erleiden müßten, wenn ein solcher vorübergehender Verzicht auf die Herrscherwürde dem mächtigsten deutschen Kaiser auf dem Gipfel seiner Macht zugemutet worden wäre. Indessen dürfte uns diese fundamentale Änderung des Gesamtbildes erspart bleiben. Jene einzige Quellenstelle lautet nämlich¹⁾: *Imperator Fridericus curiam habuit in Babinberc. Ubi Christiano episcopo vice eius proloquente Heinricus filius imperatoris quinquennis in regem eligitur.* Der Chronist verrät, wie man sieht, in keiner Weise seine Absicht, etwas Ungewöhnliches mitzuteilen. Proloqui bedeutet gemeinlich den Fürsprech machen, nicht etwa *primum loqui*, wie es Kr. auffaßt; ich erinnere nur an den technischen Sinn von *prolocutor* im Mittelalter. Der Königssohn ist ganze fünf Jahre alt. Nun versteht sich von selbst, und wir wissen es zudem aus dem Sachsenspiegel, daß der

¹⁾ Interpunktion von uns. MG. SS. XVI, 260; Krammer, Quellen I, 33.

neuerwählte König reden muß, tätig werden muß bei seiner Wahl. Ich glaube, niemand wird die Worte anders übersetzen mögen als so: „Kaiser Friedrich hielt in Bamberg Hof. Hier wird, mit dem Erzbischof Christian von Mainz als seinem Fürsprech, Heinrich, der fünfjährige Sohn des Kaisers, zum König erkoren.“ Kr. hat also seine ganze Deutung darauf aufgebaut, daß *vice eius* auf den *imperator* und nicht auf den *rex* zu beziehen sei.

III. Damit sind wir am Ende der Einleitung angelangt. Wir sind natürlich außerstande, mit gleicher Ausführlichkeit Seite für Seite fortzufahren. Aber dies genaue Eingehen dürfte so viel gezeigt haben, daß sie nicht etwa unbestrittene Grundlagen der Weiterentwicklung uns ins Gedächtnis zurückruft, sondern wie selbstverständlich Schritt für Schritt einseitige Thesen aufstellt, und zwar nicht etwa als den zu beweisenden Inhalt des Buches, sondern als dessen sichere Voraussetzungen. Sind diese aber falsch, so stürzt das Buch in den wichtigsten Partien zusammen. Die Idee von der Teilnahme des Vaters an der Kur des Sohnes bestimmt die Beurteilung der Wahlvorgänge von 1220 (56—65). Das Streben der Kölner Kirche, ihr Krönungsrecht „unabhängig“ sei es zu erhalten, sei es zu machen, dieser für notwendig angesehene Kampf zwischen „eigenem Recht“ und „Mandat“ bildet durch das gesamte Buch den Grundpfeiler in der Entwicklung des Kurfürstenkollegs. Aus diesem Motive werden z. B. Adolf und Konrad von Köln die Schöpfer dieser Institution! Der größte Scharfsinn ist entfaltet, um die einzelnen Phasen ihrer Bestrebungen zu schildern. Aber als die ausschlaggebende Begründung dafür, daß die Fürsten von Köln gerade und wirklich diese Bestrebungen hinsichtlich der Wahl haben mußten, wird nur das Interesse an dem Schutze der Königskrönung verwendet. Dieser Zusammenhang ist für Kr. ein Axiom (z. B. S. 15, 87, 106, 146f., 164, 256 und oft). Kein Gedanke kehrt häufiger als Erklärungsmittel wieder. Krammer wundert sich dabei über recht einfache Dinge; so erfahren wir S. 163: Die endgültige Regelung war „nicht ohne inneren Widerspruch. Die Wahl wurde zum staatsrechtlichen Anfang der Regierung gemacht und dann doch wieder — was streng genommen nicht dazu paßte — der Krönung eigene Bedeutung eingeräumt“. Daß die „eigene Bedeutung“ eines jeden Bestandteils bei einem aus mehreren Akten zusammengesetzten Rechtsgeschäft befremden soll, wird man nicht recht begreifen. Jener Zwischenraum zwischen Wahl und Krönung ist damals eine Spanne von ebensoviel Wochen, als heute zwischen Tod des Monarchen und Verfassungseid des neuen Stundens zu liegen pflegen. Aber prinzipiell liegt in beiden Fällen ein ganz natürlicher Schwebzustand vor. Notwendige Bestandteile eines Rechtsgeschäfts müssen sich eben immer miteinander vertragen und nie kann der eine an die „Unterwerfung“ des anderen denken.

Weil aber dieser Vernichtungskampf ein Axiom des Verfassers ist, deshalb wird die Kirche von Köln ferner zum Gegner jedes „Imperialismus“ gemacht. Krammer hält z. B. für sicher, daß durch eine

unmittelbare Kaiserkrönung in Rom die Aachener Krönung in Wegfall gekommen wäre. Dagegen sei nur die eine Tatsache angeführt, daß sich 1178 der römische Kaiser Friedrich I. trotzdem in dem Teilreiche Burgund hat zum König krönen lassen. Selbst wenn wir also ein solches unmittelbares Kaisertum mit Kr. annehmen wollten, ist es nicht richtig, daß hinter dem Kaisertum die Würden und Riten der einzelnen Königreiche hätten verschwinden müssen. Indessen ist die Tatsache von „Kaiserwahlen“, als einem Gegensatz zu „Königswahlen“ eine weitere Voraussetzung des Verfassers, die uns irrig erscheint. Wir haben über diese These, die Kr. bekanntlich mit Bloch teilt, bereits oben S. 492 ff. ausführlich gesprochen. Mit Bloch verbindet ihn noch der zweite Grundsatz, zwischen dem Königtum eines neu Erwählten und dem des Sohnes bei Lebzeiten seines Vaters überhaupt keinen Unterschied zu machen! So wird die Herrschaft Heinrich Raspes und Wilhelms von Holland nicht mit Friedrichs II. Regierungsbefugnissen konfrontiert, sondern mit denen Konrads IV. zwischen 1237 und 1250! Hiermit wird aber etwas vorausgesetzt, was erst zu beweisen war, nämlich, daß man den Umfang des Königtums ebensogut beim Sohne wie beim Vater erkennen kann.

IV. Das wichtigste Problem des ersten Kapitels und der Ausgangspunkt des Kurfürstenkollegs ist nach Kr. ein Plan Adolfs von Köln, im Jahre 1198 ein rein fränkisches Königtum dem römischen Kaiserreich der Staufer gegenüberzustellen. Daraus habe gefolgt, daß den fränkischen Reichsfürsten ein Vorrecht bei der Wahl des Königs zugesprochen worden sei. Als diese fränkischen Reichsfürsten nennt der Verfasser die drei rheinischen Metropolen und den Pfalzgrafen bei Rhein. Ein Grund, weshalb nicht auch die fränkischen Herzöge von Brabant und Lothringen zugezogen werden, wird nicht angegeben. Für den Pfalzgrafen wird geltend gemacht, daß er Rheinfranke war. Soll also Rheinfranken wieder innerhalb Frankens bevorzugt sein? Doch dieser fränkische Staatsgedanke scheitert schon an dem Ausschlusse des Herzogs von Brabant; denn da dieser einer der wenigen Anhänger des kölnischen Kandidaten war, so hätte Adolf, frei wie er den Tatsachen gegenüberstand, sicherlich für ihn, den salischen Franken, eine weitere Kurstimme übriggehabt. Soll doch das fränkische Fürstentum das alleinige Kennzeichen des Kurrechts abgeben. — Freilich gibt Kr. selbst dieses Merkmal eines Kurfürsten im nächsten Augenblick wieder preis. Denn S. 22 heißt es: „Allein aus der fränkischen Staatsidee ist die Hervorhebung dieser vier durch Adolf erklärbar. Von diesem fränkischen Wählerkreise ist damals Herzog Bernhard (von Sachsen) kooptiert worden. Die Franken haben ihn mit in ihren Kreis aufgenommen; nur infolge dieses Beschlusses, nicht kraft eigenen Rechts konnte er sich zur Schar der Bevorrechteten zählen.“

Danach wäre also ohne Rechtsgrund ein nicht fränkischer Fürst — und Bernhard war damals bekanntlich keiner der mächtigsten — plötzlich in diesen fränkischen Kreis eingedrungen. Diese ganze Theorie von einem späteren Hinzutritt des Herzogs von Sachsen in

einem und demselben Jahre 1198 ist schlechterdings Erfindung des Verfassers. Sie dient ihm dazu, sein eigenstes Prinzip des fränkischen Kurkollegs mit der Tatsachenwelt in Einklang zu bringen. D. h. seine eigne Hypothese wird durch eine frei hinzugefügte Ausnahme gerettet, da sie sich sonst auf den ersten Blick als irrig offenbaren würde. Wir werden hier auf eine merkwürdige Schließweise Kr.s aufmerksam, die sich in seinem Buche oftmals als Fehlerquelle bemerkbar macht: Kr. bringt zur Erklärung erläuterungsbedürftiger Tatsachen eine Annahme vor. Dann aber prüft er nicht etwa diese Annahme an den Tatsachen, sondern erklärt vielmehr die Tatsachen für eine Ausnahme von der Hypothese. Somit erschließt er nicht nur einen Grund, sondern sogleich auch einen Gegengrund, so daß wir vergeblich fragen, weshalb uns eine Hypothese vorgeführt wird, deren Wirksamkeit der Verfasser selbst im nächsten Augenblick leugnet. Auf diese Weise könnten wir aber auch statt vier fränkischer Kurfürsten und eines kooptierten Sachsen ebensogut fünf fränkische und den Ersatz des einen von ihnen durch den Sachsen annehmen, oder auch drei Rheinfranken als ursprünglich, und Trier und Sachsen als nachträglichen Zuwachs. Es ist klar, daß wirkliche Erkenntnisse so nicht zustande kommen können. Trotzdem geht Kr. so z. B. auf S. 97, 106, 124, 146, 278, 304 usw. vor.

Wir müssen den Beweis dafür zunächst erbringen. S. 95 ff. wird ein Königtum Heinrich Raspes nur über Deutschland, d. h. ein ausgeprägt nichtrömisches, aus den Plänen Konrads von Hochstaden „erschlossen“. S. 97 ist der tatsächliche Umstand, daß Heinrich sich trotzdem König der Römer nannte, eine bloße Verhüllung dieser vermuteten Tatsache gegenüber dem mißtrauischen Volke. S. 102 ff. erfahren wir, welche Erwägungen Konrad von Hochstaden dem Papste Innozenz IV. 1247 vor der Wahl Wilhelms von Holland „suggeriert“. Konrad stütze sich dabei auf die falsche Urkunde Karls des Großen für Aachen, die im 12. Jahrhundert entstanden war. In dieser werde nämlich Aachen als „Haupt Galliens jenseits der Alpen“ und Sitz des deutschen Königreiches erklärt. Sehen wir davon ab, daß Kr. zunächst ohne jeden Beweis in „Gallien jenseits der Alpen“ Deutschland wiederfindet (S. 105 Zeile 1 von oben). Uns interessiert hier mehr Kr.s weitere Annahme, das Privileg habe zwar der Fälscher seinerzeit von dem Inbegriff der Herrschaft über das gesamte Kaiserreich verstanden. Nur — und hier stoßen wir auf die Ausnahme — Konrad von Köln habe die Fälschung nicht mehr richtig gedeutet, sondern irrig auf ein in Deutschlands Grenzen gebanntes Königtum. So wird eine Quellenbenutzung, von der wir durch äußere Zeichen nichts wissen, auf den inneren Grund aufgebaut, daß der Benutzer in der Quelle irrtümlich fand, was nicht in ihr enthalten war.

S. 122 ff. handeln vom Willerecht der Kurfürsten, das im Jahre 1269 zuerst bezeugt ist. Die geistlichen Kurfürsten sollen aber bereits 1252 für ihren engeren Kreis das ausschließliche Konsensrecht errungen haben. „Natürlich konnte die Reichsregierung nicht anders als den Forderungen des mächtigen Kirchenfürsten nachgeben, wiewohl sie ...

im Prinzip an dem bisher geltenden Recht, daß alle Fürsten den Konsens zu erteilen befugt wären, in derselben Urkunde von 1252 ausdrücklich festgehalten hat.“ Die viel vorsichtiger Formu- lierung der Tatsachen bei Ficker-Puntschart, Reichsfürstenstand II 1 hätte den Verfasser zur Vorsicht mahnen müssen.

S. 139ff. versucht Kr. mit außerordentlichem Scharfsinn nachzuweisen, daß in den Jahren 1256 und 1257 Deutschland „ein ganz imperialistisch-hierokratisch konstituierter Staat geworden ist“. „Der Papst und der Erzbischof von Köln waren jetzt die Herrscher über das Reich“ (S. 143, ebenso scharf S. 142 Anm. 1). Dieser Satz wird zwar zum Teil erst auf Nachrichten späterer Jahre (vgl. S. 142!) gestützt; aber kaum ist er in dieser ausnahmslosen lapidaren Größe aufgestellt worden, und noch hat er sich auch kein halbes Jahr wirklich entfalten können, da fährt Kr. fort: „Doch schon anläßlich der Doppelwahl von 1257 ist es zu einem Bruch zwischen diesen beiden, und damit zu einer Ablehnung jedes päpstlichen Einflusses durch den Kölner selbst, ferner auch zu einer ersten Opposition der Wähler gegen den Erzbischof und den Papst gekommen.“ Daraus ergibt sich, daß die Ansprüche des Papstes, an denen ja niemals jemand gezweifelt hat, auch in diesem Augenblicke der deutschen Geschichte nicht mehr als ein einseitiger Wunsch waren, dem die Erfüllung immer versagt blieb. Weshalb werden wir nun erst durch jenen ersten Satz stutzig und in Erstaunen versetzt, noch dazu, da er sich als eine rechtliche Tatsache gibt?

Nach S. 145ff. soll der nunmehrige Erzbischof von Köln ein Zugeständnis seines Vorgängers an den Papst zurückgenommen haben. Aber dies Zugeständnis war S. 108ff. selbst nur erschlossen worden.

Der Verwendung des Bischofs von Gurk als Stimmeneinsammler einer Partei im Kurkolleg des Jahres 1308 wird S. 240ff. eine prinzipielle Bedeutung beigemessen. Im ganzen waren drei Wähler anwesend. Diese kümmerliche Zahl hätte man durch Abspaltung eines Stimmen sammelnden Kurfürsten dem Fluch der Lächerlichkeit preisgegeben; indem man einen außenstehenden Bischof zum Sekretär der Sitzung bestellte, erhielt die Veranstaltung hingegen ein förmlicheres Relief. Für Kr. stellt dieser Bischof von Gurk die Versöhnung zwischen zwei Ansichten im Schoße des Kurkollegs her. Keiner habe dem andern das Stimmensammeln gegönnt. Dies wird mit großer Ausführlichkeit entwickelt, und doch hat Kr. für alles keine andere Quelle als das Auftauchen des östlichen Kirchenfürsten. Angriff und Verteidigung sind also beides Hypothesen.

Der große Kurverein zu Rhense ist auch nach Kr. S. 277f. in der Hauptsache das Werk Ludwigs von Bayern und Heinrichs von Mainz gewesen. Indessen soll wenigstens die Rolle des Kurfürstkollegs durch Balduin von Trier beeinflußt worden sein. Nur so nämlich habe Balduin hoffen können, die Pläne des Mainzers zu durchkreuzen. Allerdings sei diese Hoffnung fehlgeschlagen. Balduin werden mithin uns sonst unbekannte Handlungen zugeschrieben, auf Grund einer erschlossenen Hoffnung; und für die Existenz dieser Hoffnung sagen die

Tatsachen nach Kr.s eigener Feststellung nur das aus, daß sie fehlgeschlagen ist.

Diese Beispiele, aus allen Teilen des Buchs, werden eine fehlerhafte Verwendung von Hypothesen deutlich gezeigt haben.

V. Hier hatten wir es mit einem leicht kenntlichen Mangel im logischen Schließverfahren zu tun. Schwieriger ist es, dem Leser einen anderen Mangel des Buches vor Augen zu führen, schwieriger, aber auch weit bedeutsamer. Kein Leitmotiv nämlich wird lieber von dem Verfasser angeschlagen als das Wort der „Idee“ und des „Gedankens“. Wir haben schon erwähnt, daß von ihrem Leben, Wirken und Wachstum immer wieder — es werden an die hundert Stellen sein — als dem Grunde der Ereignisse die Rede ist. Nichts also hätte reinlicher und in sich geschlossener entwickelt sein müssen als dieser Begriff und seine Anwendung. Wir vermissen aber nicht nur eine solche Verfeinerung des begrifflichen Handwerkszeugs, sondern merken auch bei fortschreitender Lektüre, daß hier zwei grundverschiedene Dinge unter einem Worte zusammengefaßt worden sind. Selbst dies wäre nicht zu beanstanden, wenn der Verfasser mit Takt das Wort unbewußt jeweils nur in diesem oder nur in jenem Sinne verwendete. Es wäre dann ein Streit um Worte; und es wäre kleinlich, das zu beanstanden. Indessen ist das Wort bei Kr. nicht ein solches, welches er instinktiv gebrauchte; nur dann könnte ja jenes heilsame Taktgefühl sich bewähren. Vielmehr drückt er gerade auf dies Wort „Idee“ und schiebt ihm fortwährend gleichzeitig die Eigenschaften beider darin eingehüllten Begriffe zu. Eine unhaltbare Geschichtskonstruktion ist die Folge. Der Fehler ist kurz gesagt der, daß Kr. den Hilfsbegriff der Geschichtswissenschaft „Idee“ mit dem subjektiven Bewußtseinsinhalt eines einzelnen historischen Menschen, dem „Gedanken“, in allen Eigenschaften, Wirkungen usw. identifiziert. Vorausgeschickt sei das Beispiel einer ähnlichen Verwechselung, weil es unsern Beweis zu erleichtern imstande ist. S. 13 ff. und S. 104 ff. handelt Kr. von der Wirkung eines gefälschten Privilegs für Aachen auf die Entschlüsse der Kölner Erzbischöfe. Ihm, Kr., ist an diesem Privileg der Gegensatz zwischen zwei Richtungen der deutschen Politik klar geworden. Die Urkunde ist also der Grund seiner Erkenntnis der Kölner Politik. Ohne eine Silbe zu verlieren, macht er aus diesem Erkenntnisgrund, aus der Existenz der Aachener Fälschung, den Erklärungsgrund auch für die Handlungen der Erzbischöfe. Diesen „dient“ das Privileg „zur Begründung“¹⁾, nur weil es Kr. zur Erkenntnis gedient hat! So hat er seine eigene, des Historikers Tätigkeit mit der seiner Helden unzulässig vermischt.

Der Gegenstand dürfte bedeutsam genug sein, um es zu rechtfertigen, daß wir nun den gleichen Nachweis für das Wort „Idee“ zu erbringen versuchen.

Gierke hat bereits alles, was über den Gebrauch des Wortes Idee

¹⁾ S. 104.

als einer Hilfskonstruktion des Historikers zu sagen ist, in der methodischen Einleitung zum zweiten Bande seines Genossenschaftsrechtes erörtert. Er zeigt dort, daß sie eine von uns, d. h. von den Betrachtenden, den Dingen auferlegte Ordnung und Bildung ihres Strebens ist. Sie benutzen wir, um anzugeben, wohin uns die Dinge gewissermaßen selbst hinzuwollen scheinen. Immer ist das nur eine Seite unserer Betrachtungsweise, die durch eine andere entgegengesetzte ergänzt werden muß. Gierke macht das außerordentlich klar, wenn er verlangt, wir müßten uns folgendes gegenwärtig halten: Es ist ganz dasselbe, nur von verschiedener Seite angesehen, ob ich sage: Die Idee der Stadtverfassung führte notwendig zur Schaffung des Rats. Oder: durch die Schaffung des Rats konnte sich die Idee der Stadtverfassung entwickeln. Das erstemal haben wir erst die Dinge in eine gewisse Richtung gerückt und erkennen nun die einzelnen, ein jedes an seinem notwendigen Orte in der Kette, wieder; das andere Mal abstrahieren wir zunächst genau so, nur diesmal von der Richtung, statt wie vorher von den einzelnen Dingen; und glauben erst nachträglich die Richtung, in der sie sich bewegen, aus der Fülle der Dinge zu entnehmen. Beide Ausdrucksweisen sind gleich richtig und gleich falsch.¹⁾ Denn beide sind notwendig einseitig. Trotzdem sind wir genötigt, beide zu verwenden. Diese Ideen haben zunächst noch nichts mit dem Bewußtsein jener historischen Menschen zu tun, über die die Forschung zufällig handelt. Die Malerei „strebte“ nach der Auffindung der Perspektive, so können wir sagen, ohne daß die einzelnen Künstler ein klares Bewußtsein von dieser Sache gehabt zu haben brauchten, da man sie ja eben noch nicht entdeckt hatte. Also ist es unsere erste Pflicht, die Gedanken der historischen Menschen und die „Ideen“, denen wir ihre Handlungen zueilen sehen, nicht von vornherein für identisch zu halten. Das Bewußtsein der Zeitgenossen, seien es nun Gedanken einzelner oder Dogmen der Massen, sind ja nur einzelne Dinge, wie andere Zustände wirtschaftlich-physischer Natur, die erst alle zusammen unter den Gesichtspunkt der Idee gestellt werden. Die Idee überspannt alles Tatsächliche, daher auch historische Gedanken. Denn die Idee ist nichts anderes als die geheime Notwendigkeit, die wir Heutigen an den einzelnen Dingen der Geschichte zu entdecken glauben; der Gedankenwelt eines Zeitgenossen kann sich diese Notwendigkeit stets nur unvollkommen, gemischt mit Zufälligem und Willkürlichem enthüllen. Daher kann z. B. ein einzelner historischer Mensch jeden beliebigen Gedanken oder auch sein Gegenteil gedacht haben; ohne Quellenzeugnisse können wir darüber nichts wissen. Denn ein einzelner bleibt in der Sphäre der Willkür. Die „Idee“ einer Zeit aber kann nie gegen ihr Gegenteil ausgewechselt werden, wie ein Handschuh, weil zu ihrem innersten Wesen die Notwendigkeit gehört. Daraus entspringen für den Historiker sofort wichtige Konsequenzen.

¹⁾ Und deshalb sind wir berechtigt, gerade Gierke anzuführen, weil kein anderer dies doppelte Verhältnis so bedingungslos formuliert hat. Bei den Logikern kommt die Induktion meist zu kurz.

Wenn er nämlich als Erklärung von Vorgängen, z. B. der neueren Geschichte, die „nationale Idee“ heranzieht, so ist ihm der Nachweis erspart, daß diese Idee von allen ihren Förderern auch klar erkannt worden sei. Er wird im Gegenteil dazu berechtigt sein, scheinbar ganz entlegene und von den Zeitgenossen anders motivierte Ereignisse nachträglich hinzustellen als unbewußt im Dienste dieser Idee — man kann ebensogut sagen: dieser Entwicklung — geschehen. Und so verfährt der Historiker denn auch ohne Unterlaß, weil er ja sonst nie klarer blicken könnte, als der jeweils klügste Zeitgenosse.

Anders verhält es sich, wenn der Geschichtsschreiber einem einzelnen Manne einen bestimmten Gedanken zuschreibt. Da ist er keineswegs der Pflicht überhoben, den Gedanken und den Umfang seiner Macht uns aus den Quellen nachzuweisen. Er muß vielmehr erstens zeigen, daß dieser einzelne nicht nur so gedacht haben kann, sondern wirklich so gedacht hat; zweitens aber ist vom Gedanken bis zur Tat ein weiterer Weg, den es zu belegen gilt. Ein subjektiver Gedanke muß Zeit und Gelegenheit haben, auf andere überzuspringen; es müssen auch bei diesen anderen Gründe vorhanden sein, aus denen heraus sie sich gerade zu diesem Gedanken bekennen. Kurz, wie aus einem planmäßig und frei gewählten Gedanken eines einzelnen eine allgemeine Überzeugung zu werden vermochte, muß nachgewiesen werden. Bei der Idee kommt nichts notwendig auf den Nachweis des faktischen Bewußtseins einzelner Zeitgenossen an, beim historischen Gedanken hingegen alles.

Wenden wir diese Sätze auf Kr.s Buch an, so finden wir darin folgendes:

Kr. legt seiner Erzählung unzweifelhaft gewisse echte „Ideen“ zugrunde, z. B. vom römischen Weltkaisertum, vom fränkisch-deutschen Königtum, vom Kollegbegriff des Kurfürstenkreises. Seine Aufgabe hält er für erfüllt, wenn er Spuren dieser Ideen in dem Bewußtsein einzelner Zeitgenossen wiederfindet. Z. B. taucht die Idee des fränkisch-deutschen Königtums im Kopfe bald dieses, bald jenes Erzbischofs von Köln auf; wo diese schriftlich nirgends programmatisch aufgestellte Idee sich in der Zwischenzeit aufgehalten habe, erfahren wir nicht. Also handelt es sich um eine echte, vom wirklichen Bewußtwerden unabhängige Idee, die der Verfasser meint. Trotzdem steht es nun in der Macht dieser selben Erzbischöfe, diese Idee bald aufzugreifen, bald wieder fallen zu lassen; sie also genau so willkürlich wie einen subjektiven Gedanken zu behandeln. Die „Idee“ ist aber gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie den Menschen beherrscht und er aus ihr nicht heraus kann. Das gleiche Spiel wiederholt sich bei der „kollegialen Idee“. Bei dem Kurfürstenkreis handelt es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Genossenschaft von sieben „Kurgenoßen“, um eine deutschrechtliche Urteilerbank, in denen jeder einzelne spricht, trotzdem aber für das Ganze tätig wird (als Belege seien Ssp. Lehnrecht Art. 4 und der Richterspruch über Adolf von Nassau 1298 angeführt); des ferneren handelt es sich um den Fortschritt dieses ein-

fachen Gebildes zu einer juristischen Person des römisch-kanonischen Rechtes. Kr. freilich sieht hierin nicht die Umbildung eines unvollkommenen in einen feiner organisierten Verband, sondern den Ersatz von sieben einzelnen durch ein Kolleg, also das Werden von Etwas aus dem Nichts. Rechten wir nicht mit ihm, daß er hierbei vergißt, wie sieben Kurfürsten, auch wenn sie nur „singuli“ sind, das eben trotzdem bereits als Kurfürsten sind, d. h. in einer rechtlichen Eigenschaft. Diese haben sie alle unter sich, aber mit niemand anders gemein, und schon dadurch sind sie unter sich in eine Verbindung getreten. Nehmen wir vielmehr an, ein solches Wachstum aus dem Nichts wäre hier möglich: Dann soll es bei der Wahl von 1308 nach Kr. ein „ideeller Zuwachs“ gewesen sein, „den die Rezeption der Korporationsidee jedenfalls bedeutete“.¹⁾ Also hält er sie für die zu begrüßende Erfüllung einer geschichtlichen Notwendigkeit. Jedoch wird diese selbe Korporationsidee auf S. 231 und 233 als nichts anderes hingestellt, denn als die rein politische Maßregel Balduins von Trier gegen päpstliche Ansprüche, als ein kluger Einfall, den man verwenden konnte oder nicht, nach Maßgabe der Absicht und Einsicht seines Urhebers. Für Kr. besteht die Möglichkeit, daß die Kurfürsten sich 1308 geradesogut als Kolleg oder nicht als Kolleg fühlen konnten.²⁾

S. 53 wird uns scheinbar nur von individuellen Plänen erzählt, trotzdem das Wort Idee im Mittelpunkt steht; es soll gleichwohl nur Gesinnung oder dgl. bedeuten. Denn es heißt: „Nur ein Teil der Anhänger Philipps hielt protestierend an einer Kaiserwahlidee fest, alle anderen schlossen sich dem fränkischen Staatsgedanken an. Seine sieghafte Kraft beweist auch das Verhalten der Wähler des Jahres 1211; sie glaubten durchaus an ihn und nur, weil sie eine ihm entsprechende Wahl aus äußeren Gründen zurzeit nicht zustande bringen konnten, fingierten sie eine imperialistische Gesinnung und nahmen eine Kaiserwahl vor.“ Also die Wähler „glauben“ daran, daß die deutsche Königsherrschaft nicht die kaiserliche sein soll. Diese Idee, an die geglaubt wird, steht in ausdrücklichem Gegensatz zu der anderen, die nur zweckmäßig ist und deshalb fingiert wird. Und trotzdem ist sie ganze zehn Jahre alt; denn nach Kr.s Meinung ist sie von Adolf von Köln auf Grund nur ihn betreffender, individueller Motive aufgestellt worden (S. 15 ff.). Die Königswahlidee ist nach Kr. — wörtlich — „eine Gründung Adolfs“ (S. 54). Dieser „Gründung“ wird ebenda eine zweite zwecks Betreibung von Kaiserwahlen durch die beleidigten Sachsen entgegengestellt.

Und nicht, daß uns von der Stoßkraft dieser „Ideen“, d. h. dieser Pläne irgendein Nachweis geliefert wird, indem uns ihr Zusammenhang mit den wirtschaftlichen oder geographischen oder poli-

¹⁾ S. 236; ähnlich S. 259 Z. 16 v. u. — ²⁾ Wobei hier auf die Beweise Kr.s für das faktische Vordringen des Kolleggedankens nicht eingegangen werden soll.

tischen Verhältnissen des deutschen Volkes gezeigt wird. Dieser Zusammenhang wird vielmehr nur für den Erfinder selbst, für Adolf von Köln in einer einzigen Apposition gestreift.¹⁾ Aber Anhänger werden doch nur gewonnen, wenn auch sie durch einen Bestandteil der Idee, wie immer, gewonnen und überzeugt werden. Hierfür verschwendet das Buch keine Zeile. Der Nachweis, daß Adolf von Köln mit seiner privaten Königswahlkonstruktion an den inneren Sinn der von seiner Formulierung erfaßten Tatsachenwelt gerührt habe, wird nicht einmal angedeutet. So erhalten wir folgenden Eindruck:

Die Idee des Königtums, von der wir bisher glaubten, sie bestimme und färbe durch ihre Verwurzelung in allen übrigen Institutionen des deutschen Staats die Betrachtungsweise des mittelalterlichen Menschen, der ja nur dies und kein anderes Gebilde in der Erfahrung kennen lernte — und die Idee des Kaisertums, das da wachsen solle und müsse, von der wir bisher überzeugt waren, sie beherrsche in unlöslichem Zusammenhang mit den Ideen über „Die Christenheit und Europa“ alle teuersten und heiligsten Gedankengänge jener Zeit, — sie sind laut dieser neuen Darstellung beide nicht Herren, sondern Werkzeuge, werden aus der Rumpelkammer herausgeholt²⁾, wachsen und schwinden in Zeiträumen von zehn, fünfzehn Jahren!

So werde z. B. die Erzsamtstheorie des Ssp. binnen weniger als zweier Jahrzehnte (S. 66 ff., S. 83 ff.) gemeine Rechtsüberzeugung der Deutschen, nicht weil sie im Einklang, sondern obwohl sie im Widerspruch mit den geltenden Rechtsideen gestanden habe. Diese sind so beweglich, ja zur Beweglichkeit bestimmt, daß sich folgende Schlußfolgerung findet: Der Schenke des Reiches, der König von Böhmen, habe zwar nach dem Ssp. kein Kurrecht, die Erzsamtstheorie des Ssp. sei auch im übrigen frei erfunden; doch diese beiden Umstände hätten aus sich im Jahre 1256 das Ergebnis gezeitigt, daß dem Böhmen eine siebente Kurstimme als gutes Recht zuerkannt worden sei.³⁾

In dieser Weise werden die leitenden Ideen der rechtlichen und staatlichen Ordnung zu flüchtigen Meinungen und behalten doch gleichzeitig jene gewaltige Kraft zum Angriff und zum Siege, die niemals dem subjektiven Meinen, sondern nur den langsam waltenden, notwendigen Ideen innewohnt.

¹⁾ „Ohnehin ein Angehöriger der niederrheinisch-westfälischen Opposition gegen das Stauferhaus . . .“ S. 19. S. 304 gilt dies als weit wichtigerer Faktor bei einem seiner Nachfolger. — ²⁾ Vgl. S. 305. — ³⁾ Die Hinfälligkeit der Ssp.-Theorie wird S. 66 ff. bewiesen. Dann heißt es S. 128: „Er (der Böhme) war zwar nach der Ansicht des Sachsenspiegels obwohl im Besitz eines Erzsamts, doch als Fremder nicht kurberechtigt. Man brauchte aber dem Rechtsbuch hierin nicht zu folgen und vielleicht wird Konrad (von Köln) auf den Beistand gerade dieses Fürsten gerechnet . . . und daher darauf gedrungen haben, ihn als Erzbeamten und Kurfürsten zuzulassen.“ Die zweite Hälfte der Begründung beraubt der Verf. selbst durch das „vielleicht“ der Schlüssigkeit. Bleibt mithin für das Kurrecht des Böhmen wörtlich als einzige Rechtfertigung übrig, daß man sich an den Ssp. nicht zu halten brauchte.

VI. Fügen wir nun diesen beiden methodischen Abschnitten noch eine Reihe einzelner Bemerkungen hinzu, bevor wir das Gesamtbild beurteilen. Denn gewiß kann selbst bei verkehrter Anlage des Ganzen die ernste Einzelarbeit eines wohlunterrichteten Forschers uns reich belehren. Die stärkste Seite des Verfassers scheint dem Referenten in dem Aufdecken der Zusammenhänge zwischen entlegenen Dokumenten zutage zu treten. Hier weist er uns auf die große geistige Ökonomie des Mittelalters hin, wenn er die alten Stilformen der Urkunden auch neuen Verhältnissen gegenüber bewahrt findet.¹⁾ Dieser Nachweis wird auch dadurch nicht entwertet, daß Kr. aus solchem Konservatismus des Stiles unmittelbar inhaltliche Schlüsse zu ziehen versucht. Ein nüchterner Tatsachensinn bricht sich vornehmlich bei der Kritik irriger fremder Ansichten Bahn. So hebe ich gern S. 70 Anm. 1 gegen Buchner, S. 93 Anm. 1 und S. 119 gegen Bloch, S. 292 Anm. 1 gegen Vogt als Beispiele eines wohlbegründeten Urteils hervor.²⁾

Gehen wir aber zu einigen eigenen Aufstellungen des Buches über. Dabei rühren die Sperrungen in den Zitaten, die wir der Kürze halber vornehmen, von uns her.

S. 42 Anm. 3. Die bekannte zweite Kur, der sich König Philipp 1205 unmittelbar vor der Krönung in Aachen unterwarf, soll eine Konzession an den Erzbischof von Köln darstellen. Doch darf man aus dem Bericht der Kölner Königschronik nur so viel herauslesen, es sollte keine Krönung ohne richtig vollzogene Wahl stattfinden können. Dies ist als Maßregel gegen Ottos triumphierende Äußerungen von 1198, ihm genüge der Besitz von Aachen, begreiflich. Jedenfalls ist das schon das Äußerste, was man der wortkargen Quelle auszupressen vermag. Höchstens spricht der Umstand, daß sie zwar aus Köln stammt, aber trotzdem von einer Rücksichtnahme auf Köln nichts weiß, ausdrücklich gegen Kr.s Deutung auf einen „Erfolg“ Kölns.

S. 73. Eike habe das Schenkenamt des Böhmen nur aus Ekkehard von Aura zum Jahre 1114 (nicht: „Ekkehard oder Frutolf, wie Kr. schreibt) gekannt. Abgesehen davon, daß Kr. damit Eike die einfachsten Erfahrungskenntnisse des Reichsrechts ohne Grund abspricht, übersieht er auch, daß Eike die Chronik bei Abfassung des Rechtsbuchs noch nicht benutzt hat.³⁾

¹⁾ Beispiele unten S. 539. — ²⁾ Zwei Einwände gegen Zeumer scheinen mir hingegen nicht geglückt. S. 68 Anm. 1 will Kr. die Hälfte von Zeumers Resultat annehmen, die andere Hälfte nicht. Es handelt sich um die Benutzung des lateinischen Ssp. durch Albrecht von Stade. Kr. akzeptiert diese Benutzung, will aber Alberts Wiedergabe als „verkürzend und umgestaltend“ beiseite schieben. Da Zeumers ganzer Beweis auf den genauen Wortlaut des Albert von Stade gegründet ist, so darf man nicht seine These ohne weiteres als bewiesen annehmen, sein Beweismaterial aber verwerfen. S. 228 Anm. 1 wird Zeumer „schon aus diesem Grunde“ widerlegt. In Wirklichkeit bleibt er der einzige, und es handelt sich auch bei ihm nicht um eine entgegenstehende Tatsache, sondern um eine bloße Hypothese Kr.s, die er sonst fallen lassen müßte. —

³⁾ Rosenstock, Ostfalens Rechtsliteratur 1912 V 4.

S. 85. Der Kaiser zieht 1237 nach Wien, um einer wichtigen Reichsvollstreckung willen, und läßt hier seinen Sohn zum König wählen; dann rückt er an den Rhein, und versichert sich hier der Beistimmung des Brandenburger Markgrafen. Bisher sah man darin einen Hinweis auf die Brandenburger Kurstimme. Kr. hingegen zieht folgenden Schluß: „Und wenn Friedrich auf die Stimme des Brandenburger besonderen Wert gelegt hätte, würde er ihn sogleich mit nach Wien haben kommen lassen.“

S. 81. Aus dem Vergleich der Reichsfürsten mit dem altrömischen Senat im Jahre 1237 folge, „daß innerhalb des Kreises der Berechtigten Unterschiede nicht bestehen können. Ein Fürst ist dem andern völlig gleichgeordnet, wie ein Senator dem andern.“ Der Urkundenschreiber hat nicht die Verantwortung dafür übernehmen können, daß man einen solchen Vergleich bis in Einzelheiten durchführt. Tut man das aber, so kehrt sich Kr.s Argument mit besserem Rechte gegen ihn. Denn in Wahrheit bestand gerade im römischen Senate eine erhebliche Abstufung des Ranges, und so kann er als ein Beispiel dafür dienen, daß die Einheit einer Körperschaft mit einer Abstufung in ihrem Innern wohl vereinbar ist.

S. 116. Der päpstliche Legat schreibe 1252, deutsche Städte verweigerten König Wilhelm ihre Huldigung unter dem „Vorwande“, die Fürsten von Sachsen und Brandenburg hätten ihn nicht mit erwählt. Der lateinische Text stellt aber nicht in Abrede, daß die Städte damit einen ernsthaften Grund, und keinen „Vorwand“ angaben. In Kr.s Sinne verwendbar wird aber die Stelle nur durch das Wort: „Vorwand“.

S. 120ff. und 141. Hinsichtlich des Frankfurter Weistums von 1252 gilt das oben gegen Bloch Ausgeführte. S. 177—180 wird dem Mainzer Erzbischof 1298 der Anspruch auf „ein selbständiges, vom Willen des Kurfürstenkollegs unabhängiges Absetzungsrecht“ des Königs zugeschrieben. Also wie auf S. 143 der Papst und der Erzbischof von Köln zum Jahre 1256 die Herrscher über das Reich genannt worden waren¹⁾, so sehen wir nach kaum 40 Jahren Deutschland von jener Skylla hinübergetrieben zur Charybdis mainzerischer Allgewalt. Der einzige Beweis Kr.s besteht in der Tatsache, daß — die Absetzungsentscheidung von 1298 dem Spruche Innozenz' IV. gegen Friedrich II. von 1246 möglichst wörtlich nachgebildet ist. Also setze sich der Erzbischof von Mainz als Vorsitzender des Gerichts an die Stelle des Papstes. Allerdings hatte der Respekt vor der Vergangenheit die Wirkung, daß man 1298 die Formen der letzten Absetzung eines deutschen Herrschers beizubehalten suchte; und dies Prinzip der formalen Sparsamkeit darf geradezu als Merkmal des geistigen Lebens im Mittelalter gelten. Winzige Steinchen sind es, durch deren Ausbrechen oder Einsetzen in das Urkundenmosaik die wichtigsten Abweichungen damals ausgedrückt zu werden pflegen. Dies hieratische

¹⁾ Oben S. 532.

Verfahren ist nun aber so allgemein und so bekannt, daß das Benutzen von Formen fremder Schriftstücke niemals einen Schluß darauf gestattet, ob man sich inhaltlich die Identität mit dem Vorbilde in allen ihren Folgen zu eigen machen wollte. Nicht also auf die prinzipielle Nachahmung, sondern auf die geringfügige Abweichung kam es den Zeitgenossen an. Ein gutes Beispiel dafür findet sich bei Kr. selbst S. 264. Und hier hat er sich entsprechend vorsichtig ausgedrückt. Nun findet sich eine solche entscheidende Abweichung nach Kr.s eigenem Nachweis auch zwischen der Bulle von 1298 und ihrer Vorlage! „Eine wesentliche Abweichung ist nur dort, wo die Sentenz der Kurfürsten eingeschoben ist, die bei Innozenz natürlich fehlt“ (S. 179). Also ist es mit dem Absolutismus des Mainzers nichts, so sollte man denken. Indessen wird uns ein viel verschlungener Gedankengang zugemutet. Der Gedanke sei zwar gewesen, daß das ganze Kurfürstenkolleg den König absetze. „Aber dieser Gedanke kommt in unserem Stück, wenn auch mit schneidender Schärfe, so doch nur an jener Stelle einmal zum Ausdruck, und wird dabei von den leitenden Mainzischen Ausführungen fast übertönt.“ Und es sei „ersichtlich, wie unvermittelt beide Rechtsanschauungen, die mainzische und die kollegialische [NB. in demselben Schriftstück] nebeneinander stehen“. So sind wir vier Seiten lang, immer einen Schritt vorwärts und einen zurück, geführt worden. Ein bisher unbekanntes Problem wird breit behandelt und sinkt sofort wieder, ohne Frucht getragen zu haben, ins Nichts zurück.¹⁾ Wir sind gern bereit, dem Verfasser zuzugestehen, daß wichtige zentrale Probleme auch bei dürftigem Quellenstoff nicht um dieses Zufalles willen vernachlässigt werden dürfen. Und gewiß soll man keine Gelegenheit versäumen, in einer so quellenfreundigen Zeit den Respekt vor der Wichtigkeit des Problems gegenüber der Freude an der Masse des Stoffes hervorzukehren. Aber Fragen, von deren Dasein wir weder wissen noch wissen können, aufzustellen und zu erörtern, bedeutet eine ungerechtfertigte Last in unserem Wissensranzen.

VII. Nach soviel Beispielen wird der Leser vielleicht dem Referenten Glauben schenken, wenn er versichert, daß unser Widerspruch auch in den anderen Partien des Buches ebenso sehr herausgefordert wird. Wir können in ihm keine Geschichte des Kurfürstenkollegs sehen, sondern eher noch eine solche des Verhältnisses zwischen Kur und Krönung. Hinter diesem in seiner Bedeutung, nach Ansicht des Referenten, überschätzten Probleme verschwindet alles, was wir in einer Geschichte des Kurkollegs hören möchten. Vom ursprünglichen Wesen der Fürstenschaft erfahren wir nichts, nichts von den Veränderungen in ihrer Struktur. Vom Lehnrecht wird in dem ganzen Buch nicht gesprochen. Aber die rechtliche Stellung von Kurfürsten kann dem Leser nur klar werden, wenn über den Begriff der Fürsten Licht

¹⁾ Die Aufstellungen S. 155 ff. und 219—229 bauen ähnlich auf unzulänglichen Urkundenformeln.

verbreitet ist. Die Hinweise Blochs haben Kr. nicht bewogen, auf die Zustände vor 1198 einzugehen. Wir erfahren nicht, was das Reich für Grenzen (Böhmen!) und für Glieder hat, und wie diese Glieder rechtlich nicht nur bei der Wahl, sondern im allgemeinen organisiert sind. Von Wahl zu Wahl schreitet Kr. vorwärts, ohne daß ein einziges Mal auf Ereignisse jenseits dieser Wahlen ernstlich Rücksicht genommen wird. Ebenso ist es bei den Ideen, die als wirksam angeführt werden; allemal sind es solche, die sich unmittelbar auf die Wahl beziehen. Nicht, daß wir dem Verfasser nicht auch darüber hinaus Vertrautheit mit dem behandelten Zeitalter zuschrieben. Aber fruchtbar für sein Buch hat er sie nicht gemacht. Der Leser glaubt bei der Lektüre des Buches, die Wahlverfassung hänge mit der Reichsverfassung kaum noch zusammen. An keiner einzigen Stelle wird über die realen Machtverhältnisse gehandelt, die hinter den Kurfürsten stehen, oder über ihr Verhältnis zu den andern Mächten im Reich. Das angestrenzte Bemühen des Verfassers, uns jenseits der Quellen und ihrer Vorstellungen den Einblick in das Walten der geschichtlichen Mächte selbst zu erschließen, muß als mißglückt bezeichnet werden.

Leipzig.

Eugen Rosenstock.

Eugen Rosenstock, Ostfalens Rechtsliteratur unter Friedrich II., Texte und Untersuchungen, Weimar, Hermann Böhlau Nachfolger 1912. 147 S. 8°.

Der Verfasser vermißt eine selbständig neben der Rechtsgeschichte stehende juristische Literaturgeschichte, die nicht die Biographien von juristischen Schriftstellern in den Mittelpunkt stellt, sondern sich als eine Geschichte der rechtlichen Gedankenwelt, als eine Geschichte des juristischen Geisteslebens bezeichnen läßt. Die vorliegende Abhandlung soll hierzu eine Vorarbeit auf einem Spezialgebiet liefern. Der Verfasser bringt drei einzelne Schriften, den Sachsenspiegel, die sächsische Urkundenlehre (*Summa prosarum dictaminis*) und den Kern des Magdeburgischen Weichbildrechts, in einen engen Zusammenhang, da sie dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts entstammten und „in dem Einen geistigen Nährboden der ostfälischen Bischofssitze“ wurzelten. Aus ihnen will er das juristische Geistesleben dieser Zeit und dieser Gegend erschließen. Auf das Endziel kommt der Verfasser erst im dritten Abschnitt, die beiden ersten Abschnitte sind der „Überlieferung“ und der „Erläuterung“ der „Urkundenlehre“ und des „Weichbildrechts“ gewidmet.

I. Wir wenden uns zunächst der Urkundenlehre zu (S. 4 ff.). Sie ist zuerst von Rockinger nach einer Münchener Handschrift veröffentlicht worden. Der Verfasser zieht noch ausgiebig eine zweite Handschrift aus der Hofbibliothek in Wien für Text und Beurteilung